

Unvergesslicher Anlass

Am Wochenende fanden im Hirsgarten die Jubiläumsfeierlichkeiten 100 Jahre SC Cham statt. Bei wunderbaren Wetterverhältnissen fanden sich an diesen zwei Tagen Tausende von Besuchern ein. Ein tolles Programm, vielfältiges Fest-



DANKESCHÖN

wirtschaftsangebot, tolles Publikum und ausgelassene friedliche Stimmung sorgten für einen unvergesslichen Anlass. Es ist dem OK-Präsidenten sowie dem Präsidenten des SC Cham ein Anliegen, allen Helferinnen und Helfern, Sponsoren und Gönnern, aber vor allem den zahlreich erschienenen Besucherinnen und Besuchern einen grossen Dank auszusprechen – ohne sie alle wäre das Jubiläumsfest kaum zu einem derartigen Erfolg geworden.

HEINZ TÄNNLER, REGIERUNGSRAT UND OK-PRÄSIDENT; URS SCHERER, PRÄSIDENT DES SC CHAM

Auch mal zuhören

Neulich stand ich am Samstagmorgen auf dem Märplatz in Cham. Ich fragte eine ältere Dame, ob sie einen Kaffee trinken möchte. Freudig bejahte sie. Zusammen mit Regierungsrat Matthias Michel hörte ich der Dame zu. Sie erzählte uns von ihren Sorgen und Nöten. Als sie sich verabschiedete, meinte sie, dass sie nicht gedacht habe, dass sich ein amtierender Regierungsrat und ein gewählter Kantonsrat für sie Zeit nähmen. Das könne ja nicht stimmen, was die Leute da sagen, dass sich die Herren der FDP arrogant zu schade seien, eine einfache Frau anzuhören ...

KANTONS RAT BEAT SIEBER, FDP CHAM

NEUE ZUGER ZEITUNG

IMPRESSUM

Redaktion Neue Zuger Zeitung: Christian Peter Meier (cpm), Chefredaktor; Nelly Keune (ny), stv. Chefredaktorin; Jürg J. Aregger (JA), Dienstchef; Wolfgang Holz (wh), Chefreporter; Kanton/Stadt Zug: Yvonne Anliker (any), Ressortleiterin; Chantal Desbailles (cd); Charly Keiser (kk); André Stössel (ast, Kultur); Freddy Trutschi (ft); Zuger Gemeinden: Monika Wegmann (MW), Ressortleiterin; Silvan Meier (van); Luc Müller (uc); Stephanie Hess (SH, red. Mitarbeiterin); Sport: Marcel Stadelmann (mas), red. Mitarbeiter; Fototeam: Christof Borner-Keller (CB), Leiter; Stefan Kaiser (SK), Werner Schelbert (WS), Sonntagsausgabe: Sarah Kohler (sak).

Verlag: Daniel Trowler, Leiter Verlag Zug.

Anzeigen: Markus Odermatt, Filialleiter Publicitas.

Redaktionsleitung Neue Luzerner Zeitung und Regionalausgaben: Chefredaktor: Thomas Bornhauser (TbB); Stv. Chefredaktor/überregionale Ressorts: Stefan Ragaz (az); Regionale Ressorts: Jérôme Martinu (jm); Sport: Andreas Ineichen (ain); Gruppe Gesellschaft und Kultur: Arno Renggli (are); Leiter Gestaltung, Bild und Illustration: Loris Succo (ls).

Ressortleiter: Nachrichten: Dominik Buholzer (bu); Sven Gallinelli (sg); Politik: Fabian Fellmann (ff); Markt/Wirtschaft: Ueli Kneubühler (ukn); Gesellschaft und Kultur: Szene: Arno Renggli (are); Kultur: Arno Renggli (ar); Zentralschweiz: Cyril Aregger (ca); Sport: Andreas Ineichen (ain); Piazza: Hans Graber (hag); Dossier: Flurina Valsecchi (flv); Services/Apero: Natalie Ehrenzweig (nez); Zisch: Robert Bachmann (bac); Foto/Bild: Edi Wismer (ew).

Ombudsmann: Andreas Z'Graggen, andreas.zgraggen@neue-zz.ch

Herausgeberin: Neue Luzerner Zeitung AG, Maihofstrasse 76, Luzern. Verleger Erwin Bachmann, Präsident des Verwaltungsrates, E-Mail: erwin.bachmann@zmedien.ch

Verlag: Jürg Weber, Geschäfts- und Verlagsleiter; Ueli Kaltentrieder, Lesemarkt; Bruno Hegglin, Werbemarkt; Edi Lindegger, Anzeigenmarkt.

Adressen und Telefonnummern: Baarerstrasse 27, Postfach, 6304 Zug

Redaktion: Telefon 041 725 44 55, Fax 041 725 44 66, E-Mail: redaktion@neue-zz.ch. **Abonnemente und Zustelldienst:** Telefon 041 725 44 22, Fax 041 429 53 83. E-Mail: abo@zmedien.ch

Billettvorverkauf: Zug Tourismus, Telefon 041 723 68 00.

Technische Herstellung: Neue Luzerner Zeitung AG, Maihofstr. 76, Postfach, 6002 Luzern, Tel. 041 429 52 52, Fax 041 429 52 89.

Anzeigen: Publicitas AG, Baarerstrasse 27, Postfach, 6304 Zug, Telefon 041 725 44 44, Fax 041 725 44 33. Agenturleiter: Markus Odermatt.

Fax für Todesanzeigen an Sonn- und Feiertagen: 041 725 44 66.

Abonnementspreis: 12 Monate Fr. 398.–/6 Monate Fr. 207.– (inkl. 2,4% MWST).

Die irgendwie geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Anzeigen oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte ist untersagt. Jeder Verstoß wird gerichtlich verfolgt.



Ein friedlicher Tag geht zu Ende

Am Sonntag hat unsere Leserin Eveline Rogenmoser diesen Sonnenuntergang vom Zugerberg aus mit der Kamera eingefangen.

LESERBILD EVELINE ROGENMOSER

Viele tüchtige ausländische Mitarbeiter

Leserbrief zur Ausschaffungsinitiative

In unserem Land arbeiten viele tüchtige ausländische Mitarbeiter – schon seit Jahrzehnten. Auch mein Betrieb profitiert vom grossartigen Einsatz von Menschen mit ausländischen Wurzeln. Ohne sie geht es längst nicht mehr. Aber leider gibt es in unserem Land auch andere Ausländer – mehr als 50 Prozent aller verurteilten Straftäter in der Schweiz sind Ausländer, der Ausländeranteil liegt heute bei 21,7 Prozent ... Viele Kriminelle nutzen den Asylweg, um bei uns ihrem kriminellen Tun nachzugehen. Der Ausländeranteil hat sich bei den Delikten in den letzten 25 Jahren um 65 Prozent erhöht.

Bei schweren Straftaten sind diese Anteile besonders hoch, bei Tötungsdelikten sind es 59 Prozent, bei Menschenhandel über 91 Prozent, bei Vergewaltigung 62 Prozent Ausländeranteil. Im Jahre 2009 hatten 70,2 Prozent (kein Druckfehler) aller inhaftierten

Verbrecher einen ausländischen Pass, von den eingeschweizerten Tätern mit rotem Pass ganz zu schweigen. Unsere Gefängnisse sind längst keine Abschreckung mehr, weil es dort einer Mehrheit von Kriminellen besser geht als in ihren Heimatländern in Freiheit. Deshalb gibt es nur die konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer.

Die am 28. November zur Abstimmung kommende Initiative der SVP, und nur diese, verbessert die Rechtslage und schafft endlich Klarheit und Sicherheit: Die bisherige Kann-Regelung für Ausschaffungen (Art. 62, 63, 68 AuG) wird neu zu zwingendem Recht, kriminelle Ausländer müssen ohne Wenn und Aber ausgeschafft werden. Wer sich nicht an die Regeln hält, muss gehen, zum Schutze der Anständigen, der Korrekten, von uns und den anderen Ausländern. Im Jahr 2008 wurden mit den heutigen Gesetzen lediglich zirka 350 straffällige und verurteilte Kriminelle ausgeschafft. Das Bundesamt für Migration geht davon aus, dass mit der

SVP-Ausschaffungsinitiative die Zahl auf fast 1500 fast vervierfacht werden könnte. Das heisst: Jährlich bleiben über 1000 kriminelle Ausländer hier in unserem Land und belasten unsere Gefängnisinfrastrukturen auf Jahre hinaus. Aus Angst vor der Annahme der Ausschaffungsinitiative stellt das Parlament einen ganz perfiden Gegenentwurf, der Ausschaffungen verhindert und noch schlechter ist als die heute geltenden Gesetze. Es könnte daraus also bei Annahme ein Recht auf Integration abgeleitet werden – einklagbar, notabene. Dabei ist Integration vor allem die primäre Aufgabe jedes Ausländers. Ohne ehrlichen Integrationswillen geht es einfach nicht! Einmal mehr versagen alle Parteien aus Angst einer SVP-Initiative die Unterstützung, welche eine eindeutige Lösung beinhaltet und nicht Versprechungen, die längst niemand mehr ernst nimmt.

PHILIP C. BRUNNER,
VIZEPRÄSIDENT SVP KANTON ZUG,
SVP-KANDIDAT STADT ZUG

Auf einen destruktiven Weg

Zum neuen Arbeitslosengesetz

Mit dem neuen Arbeitslosengesetz begibt sich die Schweiz auf einen destruktiven Weg, welcher später nur mit noch viel Geld und Zeit geändert werden kann. Eine Arbeitslosenversicherung muss Schulden machen können. Nur so können konjunkturelle Schwankungen ausgeglichen werden. In wirtschaftlich guten Zeiten nimmt die Arbeitslosenversicherung mehr Geld ein und muss weniger Versicherungsleistungen auszahlen. Dafür bezahlt sie mehr aus, wenn die Konjunktur harzt. Dafür kann der Konsum der Bevölkerung gehalten werden, weil die entlassenen Angestellten genügend Geld für den Lebensunterhalt

erhalten. Dies fördert wiederum die Wirtschaft. Damit die Versicherung aber genügend Finanzen hat, müssen alle ihren Beitrag geben.

Die OC Oerlikon erzielte im Jahr 2008 einen Verlust von 422 Millionen Franken, das Defizit im Jahr 2009 betrug sogar 592 Millionen Franken. Um diese Verluste zu kompensieren, wurden im Jahr 2900 Stellen abgebaut, und bis zum nächsten Jahr will das Unternehmen nochmals 1400 Stellen streichen. Für diese Leute muss die Arbeitslosenversicherung die vollen Kosten übernehmen.

Die vierköpfige Konzernleitung erzielte für ihre Arbeit im Jahr 2008 einen Verdienst von 5,1 Millionen Franken, fürs Jahr 2009 11,3 Millionen Franken.

Wie diese Lohnhöhung gerechtfertigt wird, ist eine andere Geschichte. Von diesen 11,3 Millionen Franken Lohn fallen aber nur 10 080 Franken Beiträge an die Arbeitslosenversicherung an. Dies sind 0,0225 Prozent der Löhne. Oder für jeden von ihnen auf die Strasse gestellten Arbeitnehmer 2 Franken und 34 Rappen.

Viele Abzocker-Manager verursachen Arbeitslosigkeit, wollen aber an die von ihnen verursachten Kosten nichts bezahlen. Die Arbeitslosenversicherung muss saniert werden. Aber nicht durch Kürzungen bei den Versicherten. Deshalb stimme ich am 26. September 2010 Nein zur einseitigen Revision.

HUBERT SCHULER,
KANTONS RAT SP, HÜNENBERG

Sozialwerk in der Schuldenfalle

Zur Abstimmung am 26. September

Am 26. September stimmen wir über die Revision des Bundesgesetzes über die Arbeitslosenversicherung ab. Leider befindet sich die Arbeitslosenversicherung (ALV) in bedenklicher finanzieller Schieflage. Sie hatte bis Ende Juni 2010 einen Schuldenberg von ungefähr 7 Milliarden Franken angehäuft. Dazu kommt ein strukturelles Defizit von jährlich 1 Milliarde Franken.

Einseitige Forderungen

Mit der Arbeitslosenversicherung steckt damit ein weiteres Sozialwerk in der Schuldenfalle. Es steht deshalb ausser Frage, dass bei dieser Versicherung dringender Handlungsbedarf besteht. Die Gegner der ALV-Revision stellen die Tatsache in Frage, dass bei einem Nein die Beiträge per Gesetz automatisch um 0,5 Prozent steigen; sie wollen, dass auch bei einem Nein die Beiträge um lediglich 0,2 Prozent steigen, dafür auch für Einkommen über dem maximal versicherten Verdienst von 126 000 Franken. Und sie wollen natürlich auch nicht, dass faire Anpassungen auf der Ausgabenseite vorgenommen werden, um die Versicherung wirklich zu sanieren. Mit dieser einseitigen, unrealistischen Forderung negieren die Gegner der ALV-Revision boshaft auch den Bundesratsentscheid vom 30. Juni, der ebendiese 0,5 Prozent festlegt. Um die Ideen der Gegner umzusetzen, braucht es eine ganz neue Gesetzesvorlage. Eine solche braucht

bekanntlich einige Jahre. Und es ist gar nicht sicher, ob Beiträge auf alle Löhne vom Parlament gutgeheissen würden. Zudem würde das Versicherungsprinzip verletzt; denn die Arbeitslosenversicherung ist eben eine Versicherung und kein Fürsorgewerk!

Die vorgesehenen Massnahmen erfolgen sehr gezielt. Sie sollen Fehlanreize abbauen, den Versicherungscharakter der ALV stärken und vor allem dazu beitragen, dass der Entstehung von Sozialfällen vorgebeugt werden kann. Die Gegner verheimlichen, dass ein Nein vor allem tiefe Einkommen treffen würde.

Sagen Sie darum Ja zu einer Revision, die ausgewogen und für alle tragbar ist.

WERNER VILLIGER, KANTONS RAT UND GEMEINDERAT SVP, ZUG

Zwäger dank Arbet ...

Der moderne Alltag ist für viele Menschen unerträglich hektisch geworden. Damit umzugehen kann man aber lernen. Die Gesundheitsdirektion hat den Aktionsmonat psychische Gesundheit lanciert, der Flyer mit der saloppen Anrede «Bisch zwäg?» ist heute in alle Haushaltungen geflattert.

Es ist sicher richtig, präventiv in die psychische Gesundheit zu investieren, aber es braucht auch Angebote für Menschen, die betroffen sind. Zum Beispiel begleitete Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt. Im Kantonsrat haben wir in einer Motion gefordert, dass 1 Prozent (rund 20) der Arbeitsplätze in der kantonalen Verwaltung Menschen mit einer Beeinträchtigung zur Verfügung stehen sollen; denn gerade die kantonale Verwaltung kennt auch in Krisenzeiten keine Kurzarbeit oder Auftragsrückgänge. In allen Abteilungen fallen Arbeiten an, die auch von Personen mit physischen oder psychischen Einschränkungen abseits der Alltagshektik ausgeführt werden könnten. In solchen Fällen bezahlte die IV auch Aufwandsentschädigungen, leistet Beiträge an die benötigten Hilfsmittel und unterstützt die Eingliederung nach dem Prinzip des Supported Employment. Trotzdem war der Kantonsrat nur bereit, die Finanzierung für acht solcher Arbeitsplätze sicherzustellen. Dabei gibt es im Kanton Zug über tausend berentete Menschen mit einer psychischen Behinderung. Es braucht einen klaren politischen Willen, um die Forderung nach Arbeit statt Rente umzusetzen. Ich bin gespannt auf die entsprechende Kampagne der Volkswirtschaftsdirektion, die etwa so lauten könnte: Zwäger dank Arbet!

BETTINA EGLER, SP-KANTONS RÄTIN, BAAR

Stadtrat Christen schützt Vandalen

«Beim Herti-Abbruch gewütet – doch Strafe bleibt aus», Ausgabe vom 29. August

In der Neuen Zuger Zeitung vom Sonntag stand, dass die Staatsanwaltschaft sowie der Jugendanwalt Briner das Verfahren gegen die Herti-Randalierer einstellen. Stadtrat Christen könnte zwar, will aber nicht Einspruch erheben. Einmal mehr kommen in einem angeblichen Rechtsstaat gefasste Vandalen ohne Strafe davon. Den Schaden von 25 000 Franken tragen wir alle. Wenn man schon mal Vandalen schnappt, passiert wieder nichts. In anderen Ländern werden Leute noch zur Rechenschaft gezogen. In der Schweiz regiert im Moment halt die «68er-Blüemli-Generation». Die Behörden müssen sich nicht wundern, wenn im Volk Forderungen nach Bürgerwehr und Selbstjustiz immer lauter werden. Die SVP setzt sich für eine faire, aber konsequente Rechtsprechung ein. Straftäter dürfen nicht davonkommen.

BEAT BÜHLMANN
SVP-KANDIDAT FÜR KANTONS- UND GR. GEMEINDERAT

Alterswohnungen im Neustadt

Am 26. September stimmen wir in Zug über den Bau von 18 altersgerechten Mietwohnungen ab. Ich möchte allen empfehlen, dieser Vorlage zuzustimmen. Der Anteil an älteren Menschen in der Bevölkerung wächst. Wir brauchen also in Zukunft mehr Wohnraum für ältere Personen. Speziell eingerichtete Wohnungen erlauben es ihnen, länger selbstständig zu sein. Das entlastet die Gesellschaft. Wir haben aber die Verantwortung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Damit unterstützen wir auch die Familien, die ihre älteren Angehörigen betreuen. Der Standort im ehemaligen Schulhaus Neustadt 2 ist zudem für einen solchen Umbau ideal. Aus all diesen Gründen stimme ich überzeugt Ja zu dieser Vorlage und bitte Sie, das auch zu tun.

NEVZAT ALTINTAS, CVP-KANDIDAT FÜR DEN GGR, ZUG